

SPD-Fraktion
CDU-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Fraktion Die Linke
FDP-Fraktion
Ratsgruppe GUT
Walter Wortmann, Freie Wähler
Lisa Hannah Gerlach, Freies Mitglied

An die Vorsitzende
des Ausschusses Kunst und Kultur
Frau Dr. Eva Bürgermeister

An den Vorsitzenden
des Ausschusses Schule und Weiterbildung
Herrn Dr. Helge Schlieben

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 06.03.2020

AN/0355/2020

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Kunst und Kultur	10.03.2020
Ausschuss Schule und Weiterbildung	27.04.2020

NSDOK: Gebühren für Führungen von Kölner Schülerinnen und Schüler abschaffen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Frau Dr. Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Dr. Schlieben,

die Antragstellenden bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnungen des Ausschusses Kunst und Kultur am 10.03.2020 und des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 27.4.2020 aufzunehmen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Rat stellt fest, dass das NS Dokumentationszentrum leistet eine unverzichtbare pädagogische Arbeit in der historischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus und dessen Greuelthaten in der ehemaligen Zentrale der Kölner Gestapo am Appellhofplatz. Angesichts der öffentlich geführten Diskussion, Kölner Schulen zum Besuch des EL-DE-Hauses aufzufordern, hat das NS-

Dokumentationszentrum anlässlich seines 40 jährigen Bestehens auf die Notwendigkeit einer nachhaltigen pädagogischen Arbeit mit jungen Menschen hingewiesen, die wegen der aktuell wahrnehmbaren Demokratiefeindlichkeit besonders dringlich ist.

Der Rat unterstützt diese Bemühungen nachhaltig und sieht darin einen ganz zentralen Beitrag zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Er unterstreicht die herausragende bildungspolitische Bedeutung besonders für junge Menschen.

Er hält die Erhebung von Gebühren für die Führungen, die die Schulklassen aufbringen müssen, für kontraproduktiv. Gerade angesichts der Bedeutung demokratischen Bewusstseins sollte es im Interesse von Politik und Verwaltung liegen, allen Kölner Schülerinnen und Schülern den Zugang zu diesen Führungen zu ermöglichen. Für viele Schulklassen bedeutet die Erhebung von Gebühren für diese Führungen eine Barriere, daher sollte auf Gebühren verzichtet werden.

Der Rat bittet die Verwaltung darzustellen, auf welche Weise, z.B. durch Umschichtungen im Haushalt, auf die Erhebung der Gebühren für die Führungen und anderen pädagogischen Angeboten wie Workshops für Kölner Schulklassen im EL-DE-Haus verzichtet und dem NS-Dokumentationszentrum die dafür notwendigen 50.000 Euro zur Verfügung gestellt werden können.

Begründung:

Seit 40 Jahren leistet das NS-Dokumentationszentrum eine unverzichtbare Arbeit hinsichtlich der Aufklärung über die nationalsozialistische Zeit. Gerade die ehemalige Zentrale der Kölner Gestapo stellt dabei ein beschämendes Denkmal für das Leiden und die Morde des Nazi-Regimes in der Stadt Köln dar.

Köln hat als erste Stadt Deutschlands ein solches Dokumentationszentrum eingerichtet. Dieses hat bis heute Vorbildcharakter für die inzwischen in zahlreichen Städten Deutschlands entstandenen ähnlichen Zentren. Angesichts zunehmender rechtsextremer Aktivitäten und Gewalttaten sowie wachsenden Antisemitismus stellt gerade das EL-DE-Haus einen wichtigen Ankerpunkt der Aufklärung, der Information und der Prävention gerade für junge Menschen in Köln dar. Es wäre daher von herausragendem öffentlichem Interesse, die Führungen und andere pädagogische Angebote für Schulklassen kostenfrei anzubieten. Damit kann erreicht werden, dass über die zahlreichen Schulklassen aus der gymnasialen Oberstufe hinaus auch Schülerinnen und Schüler aus anderen Schulformen wie z.B. die Hauptschule erreicht werden können. Der Zugang zu Bildung sollte möglichst niedrigschwellig sein.

Bildung, besonders politische Bildung im Sinne der Aufklärung über die Zeit des Nationalsozialismus, ist angesichts wachsender rechtsextremer Gesinnung auch bei jungen Menschen eine zwingende Voraussetzung für die Sicherung und den Ausbau unserer demokratischen freiheitlichen Verfasstheit. So ist z.B. die Zahl der registrierten antisemitischen Straftaten im vergangenen Jahr um etwa 20

Prozent angestiegen. Fast 1800 Straftaten wurden 2018 in ganz Deutschland gezählt. Dieser Entwicklung kann durch intensive Aufklärung und Prävention entgegen gewirkt werden. Das ist ein besonderer staatspolitischer Auftrag. Es ist nicht einzusehen, dass für diese wichtige Arbeit Kostenbeiträge erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Lino Hammer
Fraktionsgeschäftsführer
Bündnis 90 / Die Grünen

gez. Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer
DIE LINKE

gez. Uli Breite
Fraktionsgeschäftsführer
FDP-Fraktion

gez. Thor Zimmermann
Sprecher Ratsgruppe GUT

gez. Walter Wortmann
Einzelmandatsträger Freie Wähler

gez. Lisa Gerlach
Einzelmandatsträgerin